

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

(A) Ich rufe den Tagesordnungspunkt 18 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Krista Sager, Hans-Josef Fell, Kai Boris Gehring, weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

Zukunftsfähige Forschung in Europa stärken

– Drucksache 16/710 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin der Kollegin Krista Sager vom Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Krista Sager (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn wir die Ziele der Lissabonagenda erreichen wollen, dann brauchen wir zweifelsohne sowohl auf der Ebene der Mitgliedstaaten als auch auf der europäischen Ebene eine deutliche Steigerung der Mittel für die Forschung. Ich denke, darüber sind wir uns alle einig. Jetzt wissen wir – das ist positiv –: Es wird auch auf der europäischen Ebene im Zusammenhang mit dem 7. Forschungsrahmenprogramm mehr Mittel für Forschung geben. Wir wissen aber auch: Es wird nicht so viele Mittel für Forschung geben, wie die Kommission in ihrem Vorschlag vorgesehen hat, wenn wir das zugrunde legen, was die Staats- und Regierungschefs im Dezember auf dem Gipfel über den mehrjährigen **Finanzrahmen** vereinbart haben. Wir wissen zwar noch nicht endgültig, was Parlament und Rat über diesen mehrjährigen Finanzrahmen vereinbaren werden, wir müssen uns aber darauf einstellen, dass die Bundesregierung die Frage beantworten muss, wie sie angesichts der Situation, dass wir weniger Geld haben werden, als im Kommissionsvorschlag vorgesehen war, auf der europäischen Ebene agiert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da haben wir einige Bitten und Forderungen. Erstens. Wir möchten Sie auffordern, sich dafür einzusetzen, dass in jedem Fall mögliche Kürzungen nicht über alle Bereiche gleichmäßig verteilt werden, sondern dass in jedem Fall der Forschungsbereich gegenüber anderen Bereichen ein stärkeres Gewicht bekommt. Das brauchen wir.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Wenn es innerhalb des 7. Forschungsrahmenplans gegenüber der Vorlage zu Einschränkungen kommen muss, dann dürfen diese Kürzungen nicht gleichmäßig über alle Forschungsbereiche verteilt werden. Es darf schon gar nicht sein, dass bestimmte Megaprojekte wie zum Beispiel ITER einen besonderen Schutz genießen. Wir wollen vielmehr einen Vorrang für die zukunftsrelevanten Bereiche, und zwar vor allem für die Bereiche, die unter dem Gesichtspunkt der Nachhal-

tigkeit zukunftsrelevant sind und im Einklang mit den Umweltzielen der Lissabonstrategie stehen. Diese gehören nämlich unweigerlich und notwendig zur Lissabonstrategie. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sehen dabei natürlich nicht nur die regenerativen Energien, nicht nur die Einsparungseffekte aufgrund der Energieforschung, sondern auch die Nachhaltigkeitspotenziale in der Nanotechnologie, in der Materialforschung, in der Weißen Biotechnologie, im Verkehrs- und Umweltbereich und bei den nachwachsenden Rohstoffen. Wir treten ganz klar dafür ein, dass Sie sich für diese eindeutigen **Prioritäten** einsetzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben im Ausschuss schon festgestellt, dass diejenigen Programme im Bildungs- und Wissenschaftsbereich, bei denen es um die **Förderung von Personen** geht, von der Steigerung der Mittel nicht so sehr wie die Forschungsrahmenprogramme profitiert haben. Wir möchten, dass in das 7. Forschungsrahmenprogramm die individuelle Förderung unseres wissenschaftlichen Nachwuchses, unserer jungen Forscherinnen und Forscher, integriert wird; denn unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten ist das zwingend notwendig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen auch, dass kleine und mittlere Unternehmen und nicht nur die große Industrie Zugang zu diesen Programmen haben. Das heißt, wir wollen administrative Hürden abbauen. Denn gerade unsere kleinen und mittleren Unternehmen verfügen über ein großes Innovationspotenzial im Forschungsbereich. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wir brauchen auch starke **Geisteswissenschaften**. Wenn wir uns gesellschaftliche Transformationsprozesse anschauen – große Veränderungen durch die Globalisierung und durch den demografischen Wandel –, dann erkennen wir, dass die Geisteswissenschaften eben nicht nur Beiwerk sind und dass wir einen Schwerpunkt auf entsprechende Forschungsprogramme setzen müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Aus meiner Sicht ist das Thema „**Europäisches Technologieinstitut**“ noch nicht ausdiskutiert. Die vorhandenen Modelle werfen mehr Fragen auf, als sie heute beantworten. Es darf keinen Widerspruch zu dem Ansatz geben, die europäische Grundlagenforschung zu stärken, unter anderem durch einen gemeinsamen Forschungsrat. Es muss von Anfang an Sorge dafür getragen werden, dass der gemeinsame Forschungsrat kein Instrument von Interessengruppen wird, schon gar nicht von nationalen; vielmehr muss er wirklich ein Instrument der europäischen Grundlagenforschung werden. Wenn das der Fall ist, können wir uns damit einverstanden erklären. Wir gehen davon aus, dass die Bundesregierung uns laufend über die weitere Entwicklung auf der europäischen Ebene informiert, damit wir vom Parlament aus weiter

Krista Sager

- (A) zeitnah verfolgen können, wie die Weichen gestellt werden.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Carsten Müller von der CDU/CSU-Fraktion.

Carsten Müller (Braunschweig) (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wissenschaft und Forschung haben für Deutschland und auch für die Europäische Union eine ganz herausragende Bedeutung. Innovationen sind für eine dauerhaft wachsende Volkswirtschaft lebensnotwendig. Das war zwar bisher schon so; dieser Aspekt wird in Zukunft aber eine noch größere Bedeutung bekommen.

Sowohl die EU als auch Deutschland liegen im Vergleich der Forschungsaufwendungen hinter den USA und Japan zurück. Nur durch eine Steigerung der Anstrengungen ist es möglich, den uns bevorstehenden Herausforderungen zu begegnen und gesetzte Ziele zu erreichen.

Die neue Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, Forschung und Wissenschaft voranzutreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

(B)

Der hohe Stellenwert der Forschung geht aus dem Koalitionsvertrag ganz deutlich hervor. Die Bundesregierung hat sich dort bezüglich der Bereiche Forschung und Entwicklung auf wichtige zusätzliche Maßnahmen geeinigt. Bis zum Jahr 2009 werden zusätzlich 6 Milliarden Euro für besonders zukunftssträchtige Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zur Verfügung gestellt. Dadurch werden Querschnitts- und Spitzentechnologien unterstützt und verbesserte Rahmenbedingungen für die deutschen Forschungseinrichtungen und Unternehmen geschaffen. Ziel dieser Innovationspolitik ist es, die **Verbindung zwischen Forschung und Zukunftsmärkten** auszubauen.

Deutsche Unternehmen gehören auf wichtigen Technologiefeldern, zum Beispiel auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien, bereits heute zur internationalen Spitze. Die damit verbundenen Marktchancen werden bislang leider noch nicht in vollem Umfang genutzt. Das muss sich dringend ändern.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Auch die EU muss auf die Herausforderungen angemessen reagieren. Wir müssen deswegen in europäischen Dimensionen denken. Wichtige Forschungsvorhaben sind heute technisch und finanziell praktisch nur noch im **europäischen Maßstab** durchführbar. Dabei denken Sie, Frau Sager, wie ich zum Beispiel an Galileo oder auch an ITER.

Ein weiterer nicht zu unterschätzender Ansatz in der europäischen Forschungsförderung ist der **Wissenschaftlernachwuchs**. Dieser ist die Grundlage für den Weg zu unseren Zielen. Einige Forschungsbereiche sind jedoch entweder gar nicht oder nur unzureichend bekannt. So erreichen wir den wissenschaftlichen Nachwuchs leider nicht. Faszination und Neugier müssen der jungen Generation vermittelt werden. Deswegen ist es wichtig, dass der Nachwuchs nicht nur national, sondern auch auf europäischer Ebene gefördert und unterstützt wird und so Motivation erfährt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Bei den Bemühungen der EU müssen wir darauf achten, dass neue **europäische Forschungsinfrastrukturen** nur in den Bereichen gefördert werden, in denen bereits vorhandene nationale Einrichtungen diese Aufgaben nicht ausfüllen können. Hierbei sollen bestehende Forschungseinrichtungen stärker an die gemeinschaftliche Forschungsinfrastruktur angebunden werden. Im Rahmen der europäischen Forschungspolitik ist es dabei besonders wichtig, dass das Forschungsrahmenprogramm einen europäischen Mehrwert generieren muss. Es darf nicht zulasten der nationalen Forschungsförderung gehen. Ein europäischer Forschungszentralismus muss unbedingt vermieden werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Die Unionsfraktion und auch die Fraktion der SPD sind ganz froh darüber, dass die neue Bundesregierung das offensichtlich auch so sieht. (D)

Mit der Erklärung von Lissabon hat sich die EU das Ziel gesetzt, Europa an die Spitze der Wissensgesellschaften zu führen. Mit dem Forschungsrahmenprogramm soll Europa zur stärksten Forschungs- und Innovationsregion werden. Dieses Ziel wird in diesem Haus wohl von allen Fraktionen gemeinsam getragen. Die **Laufzeit** des 7. Programms ab dem 1. Januar 2007 wurde sinnvollerweise der finanziellen Vorausschau von 2007 bis 2013 angepasst. Das bietet den Forschungseinrichtungen eine wesentlich größere Planungssicherheit.

Leider – darauf ist Frau Sager schon eingegangen – konnte auf europäischer Ebene nicht alles wie gewünscht im 7. Programm verankert werden. Die vorgesehene **finanzielle Ausstattung** wurde nicht erreicht. Es ist jedoch dem großen Einsatz der Bundesregierung und insbesondere der Bundeskanzlerin zu verdanken, dass am Ende ein tragfähiger und auch finanzierbarer Kompromiss steht. Im Jahr 2013 werden die EU-Forschungsmittel 75 Prozent über denen des Jahres 2006 liegen. Das ist ein unbestreitbar großer Erfolg.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Die nächste Stufe bei der notwendigen Einigung bezüglich der finanziellen Vorausschau ist die Einigung mit dem Europäischen Parlament. Der Start des Programms kann dann am 1. Januar 2007 zeitlich parallel mit der deutschen Ratspräsidentschaft erfolgen und erfolgreich vollzogen werden.

Carsten Müller (Braunschweig)

- (A) Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, dass ich drei für die Union wichtige Gesichtspunkte hier noch einmal genauer benenne:

Erstens. Eine Verfahrensverbesserung im Vergleich zum 6. Programm ist bei der **Programmbeteiligung kleiner und mittelständischer Unternehmen** zu erreichen. Insbesondere das derzeitige Antragsverfahren hat sich als zu kompliziert erwiesen. Es kann tatsächlich nicht angehen, dass kleine und mittelständische Unternehmen eigene Experten beschäftigen müssen, um die Antragsformulare bearbeiten zu können. Das muss geändert werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie der Abg. Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zweitens. Neu ist der Bereich der **Sicherheitsforschung**. Dieser muss weit gefasst werden. Der Schutz vor Unterdrückung, Krankheit und Hunger wie auch der Schutz vor Katastrophen durch Terror oder Naturereignisse ist einzubeziehen. Europa muss vor dem Hintergrund wachsender terroristischer Gefahren und zunehmender Umweltkatastrophen Antworten auf die veränderte Sicherheitslage finden. Ich halte es für falsch – das sage ich mit Blick auf den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen –, dass sinnvolle Forschung nur aufgrund eines eventuell möglichen Dual-Use-Charakters aus ideologischen Gründen abgelehnt wird. Der vorliegende Antrag trägt zudem leider nicht dazu bei, eine praktikable Abgrenzung zwischen Sicherheits- und Militärforschung zu finden.

(B)

Angesichts der veränderten Bedingungen im alltäglichen Leben durch die Gefahren von Terrorismus und Kriminalität ist es wichtig, dass der Bereich der Sicherheitsforschung auch eine Entsprechung auf europäischer Ebene findet. Ihnen ist der Bereich der Sicherheitsforschung leider nur eine kurze Erwähnung wert.

Drittens. Ein weiterer grundlegender Bereich ist die **Energieforschung**. Vor dem Hintergrund der Verknappung fossiler Brennstoffe sowie der notwendigen Versorgungssicherheit des europäischen Wirtschaftsraums muss ein bezahlbarer und vernünftiger Energiemix das klare Ziel sein. Um das zu erreichen, müssen die Forschungsanstrengungen in diesen Bereichen enorm verstärkt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Aufnahme der Energieforschung als spezielles Themenfeld in das 7. Programm ist deshalb ausdrücklich zu begrüßen. In diesem Zusammenhang ist es von vorrangiger Bedeutung, dass diesbezügliche Forschungsprojekte zunächst einmal ohne ideologische Scheuklappen geprüft werden; ihre Potenziale müssen gesehen werden. Ich möchte Ihren Blick hier besonders auf langfristige Projekte richten und erwähne in diesem Zusammenhang noch einmal ITER.

Unerlässlich ist es jedoch, dass das gesamte 7. Forschungsrahmenprogramm unter allen Umständen unter der Maßgabe des **Exzellenzprinzips** aufgebaut

und durchgeführt wird. Nur durch eine nach wissenschaftlichen Kriterien ausgerichtete Forschungsförderung können die Lissabonziele tatsächlich erreicht werden. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Bündnis 90/Die Grünen haben zum 7. Forschungsrahmenprogramm einen sehr wortreichen Antrag vorgelegt. Bemerkenswert ist, wie Sie Ihre Schwerpunkte setzen. An der einen oder anderen Stelle scheinen tatsächlich noch sehr stark Ideologie und Dogmatik durch. Sie ziehen dadurch Grenzen, die gerade für die dynamischen Bereiche Forschung und Wissenschaft kaum hilfreich sind. Ich will Ihnen einige wenige Beispiele nennen:

Nehmen wir den Bereich „**Ökologischer Landbau**“.

(Uwe Barth [FDP]: Lassen Sie mir noch ein paar übrig!)

– Gerne, es gibt genügend, Herr Barth. – Unbestritten ein wichtiger Bereich, aber es kann nicht ernsthaft ein besonderes herauszustellender Aspekt des 7. Forschungsrahmenprogramms sein.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Wieso eigentlich nicht?)

Ein weiteres Beispiel für außerordentliche Themenspreizung liefern Sie in Ihrem Antrag im Kapitel „Verkehr“. Sie erwähnen dort außergewöhnlich ausführlich den Bereich **Carsharing**. Man könnte beim Lesen den Eindruck bekommen, dass Ihnen die Untersuchung von Carsharing genauso wichtig ist wie die Nanotechnologie. (D)

(Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch Unsinn! – Dr. Martina Krogmann [CDU/CSU]: Diesen Eindruck hatte ich!)

Ich glaube tatsächlich, dass wir das auf ein gesundes Maß zurückführen sollten.

Insgesamt fällt auf, dass die thematische Schwerpunktbildung und der Blick für die großen Dimensionen des 7. Forschungsrahmenprogramms nicht unbedingt die Stärke von Bündnis 90/Die Grünen ist. Alles in allem kann leider so dem vorliegenden Antrag nicht zugestimmt werden.

Meine Damen und Herren, Sie gestatten mir eine letzte Ausführung: Für Wissenschaft und Wirtschaft geht es in nächster Zeit vor allem darum, sich auf die neuen **Managementregeln** des 7. Forschungsrahmenprogramms einzustellen. Wir müssen uns darum kümmern, dass es einen möglichst reibungslosen und fließenden Übergang vom sechsten zum siebten Programm gibt. Dazu sind die endgültigen Regelungen frühzeitig zu veröffentlichen. Wir rechnen insofern auch auf die Kooperation der Bundesregierung.

Wir glauben, dass das 7. Forschungsrahmenprogramm ein großer Erfolg wird. Das wird nicht zuletzt dadurch gewährleistet, dass es parallel mit dem Beginn der deutschen Präsidentschaft auf EU-Ebene gestartet wird.

Carsten Müller (Braunschweig)

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP – Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Chefdieologe!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Müller, das war Ihre erste Rede im Deutschen Bundestag. Ich gratuliere Ihnen im Namen des Hauses dazu sehr herzlich.

(Beifall)

Das Wort hat jetzt der Kollege Uwe Barth von der FDP-Fraktion.

Uwe Barth (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Lassen Sie mich zunächst auf das Positive eingehen. Der vorliegende Antrag führt eine Reihe richtiger Ansätze auf: die europäische Sicherheitsforschung, den Europäischen Forschungsrat, die Wasserstoffforschung und die Energiespeicherforschung. In ganz wesentlichen Teilen ist der Antrag aber eine nochmalige Zurschaustellung vermeintlicher Erfolge einer in Wahrheit verfehlten rot-grünen Forschungspolitik in Deutschland.

(Beifall bei der FDP – Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Das sehen wir ausdrücklich anders!)

Das, was Sie, Frau Sager, hier als Prioritätensetzung bezeichnet haben, ist in Wahrheit der Versuch, über das 7. Forschungsrahmenprogramm trotz nicht mehr vorhandener Mehrheit Ihre Forschungspolitik fortzusetzen.

- (B) Schon die einleitenden Feststellungen rücken die Bedeutung der Brüsseler Forschungspolitik in ein völlig falsches Licht.

(Widerspruch bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Mehr Geld für Brüssel zu fordern, damit die EU-Administration mehr Geld für Forschung aufwenden kann, führt in eine Sackgasse. Auf der einen Seite reden wir uns hier im Hohen Hause die Köpfe über eine Föderalismusreform und die damit verbundene Reform der Finanzverfassung heiß, auf der anderen Seite wird aber mit diesem Antrag der Versuch unternommen, das in der EU geltende **Subsidiaritätsprinzip** zulasten der Mitgliedstaaten zu unterwandern.

(Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das steht aber wirklich nicht drin!)

Das ist nicht der richtige Weg.

(Beifall bei der FDP)

Ebenso ist der Verweis darauf, dass die EU-Mitgliedstaaten im Durchschnitt nur knapp 2 Prozent ihres BIP in Forschung und Entwicklung investieren, noch lange keine ausreichende Begründung dafür, das Budget der EU zu erhöhen. Europa kann nicht all das reparieren, was in den Ländern versäumt wird.

(Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben von Prioritäten im Budget gesprochen!)

Hier herrscht die Vorstellung: Gebt der EU mehr Geld, dann wird sie schon alles richten. (C)

(Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das habe ich nicht gesagt! Das steht da nicht drin!)

So geht es nicht.

Auch Deutschland ist mit seinen knapp 2,5 Prozent im Jahr 2004 nicht in der Spitzengruppe der europäischen Länder zu finden. Aber bei steigenden F-und-E-Ausgaben in der Wirtschaft hat sich der Anteil der öffentlichen Hand deutlich verringert. Der Bericht des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft hat uns diese Entwicklung deutlich vor Augen geführt.

Das zeigt: Jedes Mitgliedsland muss seine Hausaufgaben machen und klare Zielsetzungen im eigenen Land haben, um die Lissabonstrategie bis 2010 zu verwirklichen.

(Beifall bei der FDP)

Uns bleiben dafür noch viereinhalb Jahre. Das 7. Forschungsrahmenprogramm startet aber erst 2007 und geht bis 2013. Stellen wir uns doch einmal selbst die Frage, ob wir daran glauben, dass Deutschland im Jahr 2010 mit dem Transrapid die Ziellinie überfährt. Hier sind doch deutliche Zweifel angebracht.

Gingen wir den Feststellungen in diesem Antrag auf den Leim, dann würden wir nachträglich auch Ja sagen zu einer aus unserer Sicht katastrophalen und verfehlten Energieforschungspolitik von Rot-Grün. Herr Müller hat das Beispiel ITER schon angesprochen. (D)

Wenn wir diesem Antrag zustimmten, würden wir uns auch der Auffassung anschließen, dass ein **Forschungsverbot** in einem Land automatisch die Forschungsförderung in allen anderen Ländern verbietet.

(Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt auch nicht!)

Ich denke da an die biotechnologische Forschung und besonders an die Stammzellforschung. Warum drehen wir diese Forderung nicht um? Was in einem Land erlaubt ist, soll in den anderen Ländern ebenfalls erlaubt sein.

(Beifall bei der FDP – Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Priska Hinz [Herborn] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie war das mit dem Subsidiaritätsprinzip?)

Zumindest sollte die Kriminalisierung der Forschung im Ausland beendet werden. Das wäre ein freiheitlicher Ansatz; so entstünde Wettbewerb.

(Priska Hinz [Herborn] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ob das in Ihrer Fraktion mehrheitsfähig ist, was Sie da vortragen?)

Aber das ist mit Ihrer Regelungswut und vor allem mit Ihrem Anspruch, quasi die letzte Instanz in allen moralischen Fragen in diesem Universum zu sein, natürlich nicht zu vereinbaren.

(Beifall des Abg. Christoph Waitz [FDP])

Uwe Barth

- (A) Meine Damen und Herren, die Grünen haben es geschafft, dass Deutschland seine Führungsposition in der **kerntechnischen Forschung** verloren hat. Nun wollen sie an Euratom heran. Ich sage: Achtung! Das hat langfristig negative Konsequenzen für die Sicherheit der Kernreaktoren in Europa und stellt letztlich eine Gefahr für alle Europäer dar. Die Grünen wollen nicht wahrhaben, dass die Kernenergie in Europa wieder auf dem Vormarsch ist

(Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Das ist eine Sackgassentechnologie!)

und von den Menschen wieder als Bestandteil einer sicheren Energieversorgung angesehen wird. Deshalb – und damit wir die größtmögliche Sicherheit erreichen – brauchen wir auch in diesem Bereich eine leistungsfähige Forschung in Europa.

Ergebnis der Betrachtung: Den Geist dieses Antrages können wir nicht mittragen. Wir müssen ihn daher ablehnen.

(Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Das werden wir alle verschmerzen!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege René Röspel von der SPD-Fraktion.

- (B) (Beifall bei der SPD)

René Röspel (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist immer wieder gut und schön, über Forschung und Wissenschaft, Bildung und Entwicklung in diesem Hause sprechen zu können, vor allen Dingen freitags nachmittags vor „vollem“ Haus, wenn man schon überlegen muss, wie man gleich nach Hause kommt. Es macht Spaß, hier über Forschung zu sprechen, vor allen Dingen weil es ein Bereich ist, in dem wir in den letzten Jahren auch von dieser Stelle als Bund eine Menge haben bewegen können. Ich glaube, dass wir auch in den nächsten Jahren gemeinsam eine Menge bewegen können.

(Beifall des Abg. Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Bildung und Forschung sind von zentraler Bedeutung für die Zukunft unserer Gesellschaft. Deswegen ist es gut, dass dieses Thema immer wieder Eingang in dieses Haus findet.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben auf ihrem Gipfeltreffen im März 2000 in Lissabon die so genannte Lissabonstrategie beschlossen. Danach soll Europa – ich zitiere – „bis zum Jahr 2010 der wettbewerbsfähigste und dyna-

mischste wissenschaftsbasierte Wirtschaftsraum der Welt“ werden. (C)

(Dr. Lukrezia Jochimsen [DIE LINKE]: Toll!)

Deutschland war in diesem Fall sogar ein bisschen schneller. Wir haben in einem Kraftakt seit 1998 die Bedingungen für Forschung und Entwicklung in diesem Land deutlich verbessert. Die Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung lagen 1998 bei 45 Milliarden Euro und im vorletzten Jahr bei 55 Milliarden Euro. Das bedeutet eine Steigerung um 21 Prozent. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat 1998 für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologieentwicklung 7,2 Milliarden Euro ausgegeben; 2005 lagen die Ausgaben bei 9,9 Milliarden Euro. Das ist eine Steigerung von 37,5 Prozent.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie mir diesen Diskurs erlauben – Herr Barth, Sie sind ja noch neu in diesem Haus –: Das sind Zahlen, die sich jede FDP-Regierung erträumt hätte. Das haben Sie in den letzten Jahren Ihrer Regierungszeit für dieses Land leider nicht erreicht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Uwe Barth [FDP]: Ich habe ja noch nie regiert!)

– Die FDP hat noch nie regiert? Dann schauen Sie einmal nach. Die FDP ist die Partei, die am längsten in diesem Land an der Regierung gewesen ist.

(Uwe Barth [FDP]: Aber ich nicht!)

(D)

Mit den Folgen müssen wir seit 1998 umgehen.

Wenn Sie sich einmal anschauen, wie sich die Wissenschaftsorganisationen äußern – die Helmholtz-Gemeinschaft lobt die Aktivitäten der letzten Jahre, die Fraunhofer-Gesellschaft und die Max-Planck-Gesellschaft äußern sich sehr zufrieden über die Zuwächse in den letzten Jahren –, dann würden Sie diese Situation anders darstellen, als Sie es vorhin getan haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In diesem Zusammenhang bietet es sich an, einmal deutlich zu machen, welche zentrale Rolle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dabei spielen, diese Gesellschaft moderner und zukunftsfähiger zu machen. Wir haben mit unserem alten Koalitionspartner Bündnis 90/Die Grünen die Trendwende 1998 eingeleitet und Bildung und Forschung wieder zu einem TopptHEMA gemacht. Wir sind froh, dass wir diese Politik mit dem neuen Koalitionspartner CDU/CSU gleichermaßen erfolgreich in der Zukunft gestalten können. Diese Kontinuität ist wichtig für das Land.

(Beifall bei der SPD)

Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung. Sie haben relativ polemisch – das ist für einen Physiker überraschend – in Sachen Energietechnologie argumentiert.

René Röspel

- (A) Wir sind in Sachen Kernfusion sicherlich näher bei den Grünen. Das ist gar keine Frage.

(Uwe Barth [FDP]: Das wundert mich nicht!)

Schauen Sie sich einmal an, welche Bedeutung die **Kernenergie** noch hat, obwohl es am 26. April vor 20 Jahren die Katastrophe von Tschernobyl gab. Aus diesem Anlass werden wir uns sicherlich mit den Menschen beschäftigen müssen, die in Belarus leben und von dieser Katastrophe betroffen waren und sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen unter diesem Gesichtspunkt die Diskussion über die Atomkraft führen.

Wenn Sie betrachten, was wir in den letzten Jahren im Bereich der erneuerbaren Energien mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz geschaffen haben – damit sind wir Weltmeister auf diesem Gebiet; andere Länder nehmen sich ein Beispiel daran –, wenn Sie bedenken, dass wir in Sachen Windkraftenergie mittlerweile führend sind

(Uwe Barth [FDP]: Das sehe ich jede Woche, wenn ich nach Berlin komme!)

– das sage ich als Abgeordneter eines Wahlkreises im Ruhrgebiet, wo die Stahlindustrie eine große Rolle gespielt hat, wo jetzt aber die Windenergie und die erneuerbaren Energien zugunsten des Umweltschutzes und der Zukunftstechnologien einen großen Anteil haben –, dann hätten Sie vielleicht eine andere Rede gehalten.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Röspel, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Fell?

René Röspel (SPD):

Ja, wenn ich meinen Zug noch erreiche.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte eine kurze Zwischenfrage, Herr Kollege Fell.

Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Röspel, Sie haben gerade dargestellt, wie stark die Aufwendungen für erneuerbare Energien sein sollten und wie problematisch die Aufwendungen für die Kernenergie sind. Ich teile diese Aussage. Können Sie eigentlich mittragen, was im Entwurf des 7. Forschungsrahmenprogrammes und des Euratom-Programmes vorgesehen ist? Danach sollen etwa 3 Milliarden Euro für die Kernenergie ausgegeben werden. Für die **erneuerbaren Energien** hingegen sollen – man kann es noch nicht endgültig sagen – schätzungsweise 300 bis 400 Millionen Euro, also etwa nur ein Zehntel der Aufwendungen für die Kernenergie, ausgegeben werden. Halten Sie dieses Verhältnis für richtig?

René Röspel (SPD):

Ich würde mir ein anderes Verhältnis wünschen.

(Beifall des Abg. Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

(C)

Aus den letzten Jahren, lieber Herr Kollege Fell, wissen Sie allerdings auch, dass wir es auf europäischer Ebene immer sehr schwer gehabt haben, dieses Verhältnis zu ändern. Aus zukunfts- und umweltorientierter Sicht gibt es keine Alternative zu den erneuerbaren Energien. Man muss also auch auf europäischer Ebene für diesbezügliche Veränderungen sorgen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir diskutieren heute über den Antrag der Grünen zum 7. Forschungsrahmenprogramm. Dabei ist eine insgesamt erfreuliche Entwicklung festzustellen, wenn gleich wir vom 3-Prozent-Ziel, das sich die Regierungen gesetzt haben, auf deutscher wie auch auf europäischer Ebene noch weit entfernt sind.

Der Antrag der Grünen – um auf das eigentliche Thema zu sprechen zu kommen – enthält viele positive Elemente. Dort werden viele Gemeinsamkeiten dargestellt, die vom gesamten Haus getragen werden können. Allerdings gibt es eine ganze Reihe von Punkten, zu denen wir Fragen haben.

Es ist Aufgabe der Opposition – das wurde auch in der Zwischenfrage deutlich –, mehr Geld zu fordern. Aber wir konnten in unserer gemeinsamen siebenjährigen Regierungszeit auf europäischer Ebene feststellen, dass das nicht immer einfach zu realisieren ist. Ich gestehe Ihnen also zu, diese Forderung im Antrag zu stellen, wenngleich sie nicht einfach zu erfüllen ist.

(D)

Offenere und flexiblere Strukturen zu fordern, damit bin ich einverstanden. Es hat auch niemand etwas dagegen, die Effizienz der eingesetzten Mittel zu erhöhen. Über den Abbau von Bürokratie hat der Kollege Müller von der CDU/CSU-Fraktion schon eine ganze Menge gesagt.

(Beifall der Abg. Dr. Martina Krogmann [CDU/CSU])

Jeder wird dazu Ja sagen.

Im 6. Forschungsrahmenprogramm war die Ausrichtung darauf angelegt, gerade für **kleine und mittlere Unternehmen** eine Verbesserung hinzubekommen. Dies ist nicht erreicht worden. Also bleibt dies eine Aufgabe für die Zukunft und für uns. Das ist dringend notwendig. Aber es scheitert an der Realität.

Wenn Sie von den Grünen allerdings die Bundesregierung auffordern – wie zum Beispiel auf Seite 5 Ihres Antrages –, dafür Sorge zu tragen, „dass KMUs an den Programmen des Bereichs Zusammenarbeit mindestens die 15 Prozent aus dem 6. FRP erreichen“, so kann man das zwar formulieren. Ich glaube aber, dass man dann, wenn man für die Antragstellung ein offenes, nach bestimmten Kriterien festgelegtes Verfahren einführen will, nicht von vornherein Quoten festsetzen kann. Man wird vielmehr erst im Nachhinein feststellen, wie hoch der Anteil war. Es liegt außerhalb der Möglichkeiten der

René Röspel

- (A) Bundesregierung – diese ist ja der Adressat Ihres Antrages –, Einfluss zu nehmen.

Wenn Sie auf Seite 5 die Bundesregierung auffordern, „dass neben dem Auswahlkriterium der Exzellenz bei der Förderung auch das Anwendungspotenzial der Innovationen berücksichtigt wird“, dann hört sich das auf den ersten Blick gut an. Aber bei genauerem Nachdenken – das ist zumindest mir so gegangen; das soll ja hin und wieder vorkommen – stellt sich die Frage, ob es in der Tat sinnvoll und möglich ist, **Exzellenz** und **Anwendungspotenzial** gleichermaßen als Anforderung zu postulieren. Gerade im Bereich der Grundlagenforschung ist das Anwendungspotenzial in der Regel nicht absehbar. Wilhelm Conrad Röntgen hätte nie gedacht, dass er eine anwendungsorientierte Forschung betreiben würde, als er sich mit Röntgenstrahlen befasste.

In der Tat stellen sich folgende Fragen: Was ist, wenn das Vorhaben zwar exzellent ist, aber kein Anwendungspotenzial hat? Scheidet es deswegen aus?

(Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Nein!)

Oder umgekehrt: Was ist, wenn das Anwendungspotenzial offensichtlich und groß ist, aber keinerlei Exzellenz vorhanden ist, weil dies nicht notwendig ist? Scheidet dieses Vorhaben dann ebenfalls aus? Ich finde, über diesen Bereich sollten wir noch nachdenken.

- (B) Nebenbei offenbart sich da eine Schwachstelle der gesamten Exzellenzdiskussion, die wir seit einigen Jahren führen. Sie sollten sich in Erinnerung rufen, dass wir vor zwei Jahren eine Diskussion über SARS, über eine Seuche, die von China ausging und durch Viren übertragen wurde, geführt haben. Es waren in der Tat deutsche Forscher, die als Erste das Genom des SARS-Erregers entschlüsselten. Herr Barth, dieser Erfolg kam übrigens daher, dass die Genomforschung durch die rot-grüne Regierung sinnvollerweise extrem gefördert wurde. Am Ende waren deutsche Forscher bei der Analyse und der Behandlung der Erkrankung durch den SARS-Virus führend.

Warum war das so? Schlicht und einfach deshalb, weil Deutschland es sich erlaubt hat, eine Nischenforschung weiter zu fördern, die es in anderen Ländern nicht mehr gab oder die es, wenn es die SARS-Fälle nicht gegeben hätte, nicht mehr geben würde, weil sie zu uninteressant war. Für SARS- oder ähnliche Viren hat sich niemand interessiert. Weil unabhängig von dem Kriterium Exzellenz die Wirkung dieser Forschung wegen der Größe der Forschergruppen überhaupt nicht messbar war, haben wir es uns erlaubt, dieses Gebiet zu fördern. Dies ist vielleicht ein Grund dafür, noch einmal darüber nachzudenken, ob wir nicht außerhalb der Exzellenzdiskussion auch andere Bereiche betrachten sollten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Was den **Europäischen Forschungsrat** anbelangt, fordern Sie, technologische, naturwissenschaftliche und geisteswissenschaftliche Projekte gleichermaßen zu fördern. Ich sage aus meiner Sicht: Die Stärke des Konzepts des Europäischen Forschungsrats ist gerade die Autono-

mie. Wir unterstützen ausdrücklich Ihre Aussage, dass der Europäische Forschungsrat kein Instrument von Interessengruppen sein darf und autonom entscheidet, welche wissenschaftlichen Vorhaben er unterstützt. Wenn man von vornherein sagt, ihr müsst dieses und jenes gleichermaßen berücksichtigen, dann, glaube ich, stellt man eine Leitplanke auf, die nicht sinnvoll ist. Die Stärke des ERC ist es eben, unbürokratisch und autonom zu entscheiden.

Es gibt noch eine Menge zu beraten. Wir werden heute einer Überweisung Ihres Antrages an die Ausschüsse zustimmen. Unseren Antrag, den von CDU/CSU und SPD, werden wir in den Beratungen daneben legen. Vielleicht gelingt es im Interesse der europäischen Forschungsförderung, die Gemeinsamkeiten zu betonen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letzte Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt und an diesem Tag hat das Wort die Kollegin Dr. Petra Sitte von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Petra Sitte (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Röspel, Sie beklagen, dass Sie am Freitagnachmittag reden müssen.

(René Röspel [SPD]: Ich habe es weiter nach Hause!)

(D)

Ich muss als Letzte reden und habe nur vier Minuten Redezeit. Wer in vier Minuten angemessen über dieses Thema reden will, muss ein kleines Wunder vollbringen. Wunder – das wissen Sie – ersetzen im Allgemeinen Forschung und Wissen ohnehin.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb kann ich nur ein paar wenige grundsätzliche Bemerkungen machen.

Dass es so ein komplexes Programm wie das Forschungsrahmenprogramm gibt, ist natürlich eine der wichtigsten Leistungen auf der EU-Ebene; das ist völlig klar. Es ist schon angedeutet worden, dass es trotzdem nicht kompensieren kann, was auf nationaler Ebene unterlassen wird. So sind die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in den letzten Jahren – um es wohlmeinend zu formulieren – als stagnierend zu bezeichnen. Die Verantwortung dafür liegt wechselseitig sowohl bei der staatlichen Ebene als auch bei der Wirtschaft.

Die EU-Vorgabe besagt ausdrücklich, dass der Staat ein Drittel für diesen Bereich ausgeben soll. Insofern ist es durchaus richtig, wenn der Bund in den nächsten vier Jahren 6 Milliarden Euro zusätzlich für Forschung und Entwicklung ausgeben will. Allerdings – das ist vorhin kurz erwähnt worden – bedürfte es eigentlich Ausgaben in Höhe von 3 Milliarden Euro pro Jahr und nicht von 1,5 Milliarden Euro, um das angestrebte Ziel zu erreichen.

Dr. Petra Sitte

- (A) Ich will ein zweites Problem erwähnen. Im Rahmen der Föderalismusreform wird es relativ wenige strukturelle Veränderungen für den Bereich Forschung und Entwicklung geben. Damit bleibt auch die direkte Anknüpfung an die EU-Politik erhalten. Wenn man sich aber andererseits aus der Gestaltung der Rahmenbedingungen der Hochschulen heraushält, dann ignoriert man, dass die deutschen Hochschulen seit vielen Jahren sehr erfolgreich die Einheit von Forschung und Lehre praktizieren.

(Beifall des Abg. Dr. Ernst Dieter Rossmann
[SPD])

Unter diesem Gesichtspunkt halte ich es für kritikwürdig – man kann auch an die Worte von Herrn Struck heute Morgen anknüpfen –, wenn wir hier darüber reden, weil wir alle ganz genau wissen, was am Ende passiert. Die einzelnen **Bundesländer** sprechen alle brav bei der EU vor, um aus den einzelnen **Fördertöpfen** des 7. Forschungsrahmenprogramms zu schöpfen. Schauen Sie sich die Präsenz der einzelnen Bundesländer in Brüssel oder Straßburg an! Sie sind ganz unterschiedlich ausgestattet, was auch mit dem Reichtum der Länder zu tun hat. Diese Disparitäten werden noch stärker zutage treten. Bayern kann zum Beispiel ganz anders agieren als andere Bundesländer. Vielleicht ist Bayern ein schlechtes Beispiel und ich ziehe lieber Baden-Württemberg heran. Baden-Württemberg kann ganz anders als andere Bundesländer auf die Fördertöpfe des Forschungsrahmenprogramms zugreifen. Ich meine, dass wir mit unseren Entscheidungen diese Disparitäten vertiefen. Insofern muss es um Entscheidungsstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland gehen, die der europäischen Organisation Rechnung tragen.

(B)

Ebenso problematisch ist der Umgang mit den Forschungsgegenständen und -inhalten, die sich hinter den spezifischen Programmen und ihren thematischen Prioritäten verbergen. Zu den Schwerpunktsetzungen – das ist völlig klar – gibt es natürlich unterschiedliche Meinungen. Das macht auch der Antrag deutlich. Auch unsererseits gibt es durchaus Zustimmung und Differenzen. Das ist völlig klar. In diesem Punkt wird der Antrag der Bündnisgrünen besonders interessant und diskussionswürdig.

- (C) Ich halte es für ein wenig problematisch, wenn man versucht, nur seine eigenen Positionen in den Antrag aufzunehmen, und hofft, dass diese beschlossen werden. Man kann den Versuch natürlich unternehmen, aber die Chancen sind nicht besonders groß. Ich erwähne beispielsweise, dass es im Bereich der Weltraumforschung erheblichen Diskussionsbedarf gibt. Ich erwähne darüber hinaus die neueren Diskussionen über die Stammzellproblematik.

Über einige Punkte in Ihrem Antrag besteht durchaus noch Diskussionsbedarf. Bei anderen Punkten sind Sie relativ vage geblieben, beispielsweise beim Europäischen Technologieinstitut. Hier habe ich mir an den Rand „sehr mutig“ geschrieben. Hier spricht man sich für eine Prüfung aus. Ich meine allerdings, dass man aufgrund der Vorgeschichte eine eindeutig ablehnende Haltung zur Logik Ihrer Gedanken formulieren müsste.

Abschließend möchte ich sagen, dass die Kommunikésprache des Antrags das Lesen zu einer mühseligen Disziplinübung gemacht hat. Wenn man sich aber in die einzelnen Abschnitte vertieft, bleibt es eine spannende Angelegenheit.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

- (D) Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf der Drucksache 16/710 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.